

Zeitschrift: Zürcher Student : offizielles Organ des VSETH (Verband der Studenten an der ETH Zürich) & des VSU (Verband Studierender an der Uni)

Herausgeber: Verband der Studenten an der ETH Zürich VSETH ; Verband Studierender an der Uni VSU

Band: 53 (1975-1976)

Heft: 9

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 22.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

zürcher student

Offizielles Organ der Studentenschaft der Universität Zürich (SUZ) und des Verbandes der Studierenden an der ETH Zürich (VSETH) Neunmal jährlich

SUZ



VSETH



Redaktion/Administration:
Rämistrasse 66
8001 Zürich
Tel. ☎ (01) 47 75 30
Postcheck 80-35 598

Insertate:
Messe-Annoncen AG
Limmatquai 94, 8023 Zürich
Tel. ☎ (01) 47 34 00
Einsp. mm-Zeile Fr. -48

Abonnemente:
Jahresabonnement
(inkl. «das Konzept»)
Inland Fr. 22.-
Ausland Fr. 26.-

und das Konzept

ETH-Gesetzentwurf gegen die Interessen der Studenten

Demokratiespiel ohne Grenzen

Anfang Januar dieses Jahres hat die «Eidgenössische Expertenkommission für ein neues ETH-Gesetz» (kurz: Expeko) nach vierjähriger Arbeit ihren Entwurf an den Bundesrat abgeliefert. In diesem langatmigen Trauerspiel, in dem es um harte Einsätze ging, haben wir Studenten vorläufig alles verloren. Der Entwurf widerspricht in den zentralen Punkten den Forderungen, mit denen die Studenten der ETH 1969 immerhin noch die Mehrheit des Schweizer Volks hinter sich hatten. Mal für Mal wurden in den letzten sechs Jahren

berechtigte studentische Forderungen übergangen, Schritt für Schritt hinter einmal Erreichtes zurückgekrebt – an der ETH selbst und in der sogenannten «Expertenkommission». Ebenso gut hätte man den Gesetzentwurf aussagen können – mit gezinkten Karten. Im folgenden Artikel soll vorerst einmal gezeigt werden, weshalb ein Widerspruch besteht zwischen den studentischen Forderungen von 1968 und dem, was im Gesetzentwurf (und an der ETH) davon übriggeblieben ist.

Felix Ritter

Die Arbeitsweise der Expertenkommission wie auch das heutige Resultat ihrer Arbeit können nicht isoliert vom historischen Zusammenhang betrachtet werden. Das Referendum von 1968/69 gegen ein patriarchalisches ETH-Gesetz war sozusagen das Vorspiel. Von diesem Gesetz, das in den eidgenössischen Räten ohne Gegenstimme genehmigt worden war, hatte der sozialdemokratische Bundesrat Tschudi gesagt: «Die Spitze der Exekutive entspricht der Ordnung in grossen Industrieunternehmen und auch an amerikanischen Hochschulen, wie dies Herr Nationalrat Eisenring gewünscht hat.» (Notabene: Herr Nationalrat Eisenring, der solches wünschte, wird später einmal Vizepräsident der Expeko sein.)

«Gemäss den industriellen Bedürfnissen»

Auch Schulratspräsident Dr. J. Burckhardt, dem kaum spezielle Studentenfreundlichkeit nachgesagt werden kann, sah die Anforderungen an die Universitätsbehörden zu jener Zeit ganz ähnlich. Er forderte die «Zusammenarbeit zwischen Universität und Grosswirtschaft, um Studienpläne und Forschungsdirekti-

onstriebe» zum Vorbild hatte, regte sich studentischer Protest. Die Studenten der ETH, bestärkt durch die deutsche Studentenbewegung, den Pariser Mai und die amerikanische Opposition gegen den Vietnamkrieg, organisierten sich und ergriffen das Referendum. Bald einmal identifizierte sich ein grosser Teil der schweizerischen Jugendbewegung mit diesem Protest, der sich innerhalb der demokratischen Spielregeln unseres Staatswesens vollzog. Das Referendum war «staatspolitisch zu begrüssen, weil die Studenten damit den verfassungsmässigen Weg einschlugen und ihr Vertrauen in die demokratischen Formen unseres Staates unzweifelhaft bekundeten». Unterzeichnet dieses Satzes war neben Frisch, Dürrenmatt, Rasser u. a. auch Alfred Gilgen, heute vor allem bekannt als Berufsverbinder und KSTR-Absetzer. (Notabene: Auch Gilgen war – dreimal raten – Mitglied der Expeko und hat sich dort zum schärfsten Gegner studentischer Anliegen gemauert.)

Studenten fordern mehr Demokratie

Welches waren denn die Forderungen und die Ansprüche, die die Studenten 1968/69 an ein fortschrittliches ETH-Gesetz stellten? Sie wurden am klarsten in den Thesen der Fortschrittlichen Studentenschaft Zürich (FSZ) ausgesprochen. Diese Thesen, das erste umfassende studentische Grundsatzpapier zu Fragen wie Mitbestimmung, Transparenz, Autonomie der Hochschule, hatten weit über den Kreis der FSZ hinaus eine zentrale Bedeutung. Ihre wichtigsten Punkte waren:

• **Mitbestimmung:** Wir fordern eine Universität, «die durch Mitbestimmung aller ihrer Gruppen für die übrige Gesellschaft ein Modell demokratischer Ordnung vorbildet und kritisch-national, gesellschaftlich verantwortliche Wissenschaft gegen Missbrauch der Wissenschaft durch die Mächtigen und gegen Dogmatismus durchsetzt».

• **Hochschulreform:** Wir fordern eine Universität, die in «demokratischer Selbstbestimmung den Weg permanenter Reform und wissenschaftlich fundierter Gesellschaftskritik einzuschlagen vermag».

• **Transparenz:** Wir fordern eine Universität, «die in den Dienst der Befreiung aller Menschen aus Not, Unterdrückung und Bevormundung tritt, und zwar durch die aktive Beteiligung ihrer Angehörigen an einem Lehr- und Forschungsprozess, der die in den Wissenschaften beschlossenen Möglichkeiten der Befreiung der Öffentlichkeit sichtbar macht».

• **Gesellschaftliche Relevanz:** Wir fordern eine Universität, «die sich der Ausbildung fähiger Fachleute, die für un-durchschaute Zwecke verwendbar sind, widersetzt». (Alle Zitate aus den FSZ-Thesen.)

«Eine solche Universität kann nicht das Geschenk der Obrigkeit sein» (FSZ). Zwar buhten die Parteien noch vor der Volksabstimmung um die Gunst der Jungen. Aus Gegnern des Referendums wurden plötzlich lautenweise Befürworter, die es mit der Jugend nicht verderben wollten. Dass es diesen Leuten nicht um ein Entgegenkommen zu den studentischen Forderungen von 1968 ging, sollten dann die Jahre in der Expertenkommission deutlich zeigen. Man vertritt die unzufriedene Jugend auf später – mit dem Hinweis auf die lang-samen Mühlen der Demokratie – und gewann dabei noch Zeit, sich über die eigenen Interessen besser klarzuwerden. Das Referendum wurde so zum «besten Integrationsmittel, das sich die Bourgeoisie wünschen konnte» («Der VSETH», Nov. 1970). Die Volksabstimmung war dann nur noch eine Formsache: die Schweizer sagten «ja» zu den Forderungen der Jugend. Fortsetzung auf Seite 2



ETH-Gesetz: Studenten übergangen
Elefanten-Tellerservice im Porzellanladen

Die Initiative kommt zur Abstimmung

Kindertagesstätten für alle

Dass die Angehörigen der beiden Hochschulen die Möglichkeit haben, ihre Kinder tagsüber in Kindertagesstätten unterzubringen, weiss der eifrige Leser des «zürcher student» spätestens seit dem letzten Sommer («... damit sie nicht werden wie wir», S. 2/75). Dass diese Möglichkeit allen Müttern im Kanton Zürich geboten werden soll, will die Kindertagesstätteninitiative (kurz: Kita-Initiative) der POCH und der FBB erreichen. Sie wird am 21. März zur Abstimmung gelangen. Der Regierungsrat hat in seinem Bericht an den Kantonsrat zur Initiative Stellung bezogen und sie zur Ablehnung empfohlen. Der Kantonsrat folgte dem obrigkeitlichen Befehl: Auch er empfahl die Initiative mit 107 Ja zu 12 Nein (10 SP, 2 POCH) dem Volk zur Ablehnung.

Die Initiative zur Schaffung von Kitas hat einen generellen Charakter: Verlangt wird damit die Schaffung von Grundlagen, die eine Besserstellung der arbeitenden Frauen und ihrer Kinder bewirken. Die berufstätigen Mütter sollen entlastet, die Frau im allgemeinen dem Mann gleichgestellt werden. In diesem Zusammenhang sollte denn auch die Initiative gesehen werden. Sie ist ein Vorschlag zu einem einheitlichen Konzept der Vorschul- und Vorkindergartenbildung. Der Vorschulbereich soll zu einem integrierten Bestandteil des Erziehungswesens werden. Wenn heute noch der Wert einer ausserfamiliären Vorschul- und Vorkindergartenbildung (etwa unter dem Stichwort «Kollektivismus»), dann sei daran erinnert, dass auch bei der Einführung der Kindergärten grosse Widerstände zu überwinden waren. Kindergärten werden heute von den meisten Kindern besucht, und deren Bedeutung für die vorschulische Erziehung ist allgemein anerkannt.

Vorteile für Mutter und Kind

Mütter boykottieren heute die Krippen, weil die Krippentaxen viel zu hoch sind. Sie betragen heute ½ des gemeinsamen Einkommens der Eltern pro Tag. Wenn also ein Mann beispielsweise 2400 Fr. verdient, seine Frau 1600 Fr., dann bezahlen sie für ein Kind 440 Fr., also mehr als ein Viertel des Einkommens der Frau. Viele Mütter ziehen daher die meist billigeren Tagesmütter vor.

Hinter der Forderung nach Kitas steht selbstverständlich auch der Gedanke, die Möglichkeit einer pädagogischen Förderung der Kinder zu nutzen. Diese ist zweifellos im Rahmen von Kitas mit ausgebildeten Personal und in kleinen Kindergruppen gegeben. Gerade diese Möglichkeit aber fehlt in dem vom Regierungsrat als Idealösung an-

gepriesenen Pflegekinderwesen voll und ganz. Es stört Herrn Gilgen offensichtlich nicht, wenn die Kinder der berufstätigen Frauen nicht gefördert werden.

Verschiedene Untersuchungen haben gezeigt, dass die Berufstätigkeit der Mutter und die kollektive Betreuung der Kinder keinerlei nachteilige Auswirkungen auf die Entwicklung der Kinder haben muss. Im Gegenteil – eine ausserfamiliäre Betreuung bewahrt die Kinder vor der Gefahr, dass sich die sozial isolierte Mutter allzu sehr auf ihr Kind konzentriert. Dies kann sich nämlich

Die Kita-Initiative

1. Der Kanton Zürich trifft die notwendigen Massnahmen, um innert nützlicher Frist eine genügende Anzahl Plätze in Quartier-Kindertagesstätten für alle im Kantonsgebiet lebenden Kinder im Alter bis zum Schuleintritt zu schaffen.
2. Der Besuch der Kindertagesstätten ist für alle im Kantonsgebiet lebenden Kinder unentgeltlich.
3. Die Finanzierung der Kindertagesstätten erfolgt durch eine Erhöhung der Steuern auf Kapital und Ertrag der juristischen Personen.
4. Die Kinderzahl pro Erzieher ist je nach Alter der Kinder auf acht bis zwölf zu beschränken.
5. Den beteiligten Eltern wird in organisatorischen und erzieherischen Belangen der Kindertagesstätten das Recht auf Mitsprache eingeräumt.

sowohl für die Mutter als auch für die psychische Entwicklung des Kindes nachteilig auswirken: «Übermutterte» Kinder sind oft in ihrer Entwicklung gehemmt.

Kitas sollen Kindern bis zum sechsten Lebensjahr offenstehen. Die untere Altersgrenze hängt davon ab, wie lange die arbeitende Mutter Anspruch auf einen Schwangerschaftsurlaub hat. Der

heutige 4- bis 6wöchige Schwangerschaftsurlaub ist völlig ungenügend und sollte selbstverständlich verlängert werden.

Gilgens Erzählungen

Die Polit-Arroganz von Erziehungs-direktor Gilgen kam bei der Stellungnahme zur Kita-Initiative wieder einmal deutlich zum Ausdruck. Zwei Berichte von kompetenten Institutionen, die sich recht positiv zur Initiative äusserten, wurden unterschlagen. Das kantonale Jugendamt, dessen Bericht Gilgen unterdrückt hat, befürwortet die Initiative in einigen Punkten (u. a. Befürwortung von Kitas ab 3 Jahren, Finanzierung durch juristische Personen, Eltern und öffentliche Hand, Forderung nach gesetzlichen Massnahmen zur Verbesserung der Situation der Krippen, Pflegekinder usw.). Ein anderer Bericht vom Institut für Psychiatrie im Kindesalter lehnt zwar die Initiative ab, heisst aber klar die gegenwärtigen Missstände im Krippenwesen hervor und fordert daher von der Regierung einen Gegen-vorschlag.

Diese Stellungnahme wurde im Bericht des Regierungsrates teilweise sinnentstellend – gegen die Auffassung des Instituts – zur Begründung des Ablehnungsantrags verwendet.

Gilgens Argumentation gegen die

Kitas ist zynisch und unsinnlich:

• Frauen würden meistens nicht gezwungen arbeiten, sondern aus Freude am Beruf (dürfen die nur die Männer haben?) oder wegen der hohen Ansprüche im Konsumverhalten. Demgegenüber haben aber wissenschaftliche Untersuchungen gezeigt, dass der Hauptgrund für die Erwerbstätigkeit der Frauen ökonomische Schwierigkeiten sind.

• Die Verwirklichung der Kitas sei Aufgabe der Gemeinden oder der betroffenen Bevölkerungskreise. Das ist wohl der Gipfel von Gilgens Zynismus: Obwohl feststeht, dass Krippenkinder fast ausnahmslos aus Arbeiterkreisen stammen, wo die Mütter gezwungen sind, mitzuverdienen, sollen diese nur noch dafür bestraft werden und selbst für die Schaffung von Kitas bedacht sein.

Die Progressiven Frauen Zürich haben als Vorbereitung für die Kampagne eine Broschüre über die Kindertagesstätten geschrieben. Diese ist vor kurzem erschienen (erhältlich bei PFZ), Postfach 539, 8026 Zürich. Sie werden im weitem mit Veranstaltungen, einer Dia-Schau und Standaktionen die wichtigsten fortschrittlichen Ideen der Kita-Initiative propagieren. Leider hat die FBB (Mitinitiantin der Initiative) mit ¾-Mehr den befremdlichen Beschluss gefasst, die Initiative nicht aktiv zu unterstützen. Progressive Frauen Zürich

Medizin und Naturwissenschaft Technik und Wirtschaftswissenschaft

freihofer ag

Universitätstrasse 11
Sonneggstrasse 21
Tel. (01) 47 08 33



Die wissenschaftliche Buchhandlung mit dem wissenschaftlichen Antiquariat

Demokratispiel ohne Grenzen

Fortsetzung von Seite 1

Jetzt hätte man sie hören sollen, die Herren im National- und Schulrat. Jetzt auf einmal sangen sie Loblieder auf die Hochschulreform, jetzt plötzlich war die Wille zur Zusammenarbeit in aller Munde. Der Präsident des Schulrats, der sich als sehr anpassungsfähig erwies, war nun plötzlich aufgeschlossen «für die Einführung von Neuerungen und Verbesserungen», und Bundesrat Tschudi, zwei Jahre zuvor noch von der Hierarchie der Grossbetriebe überzeugt, sah in der Experimentierphase «ein weites Feld für Reformversuche».

Heuchelei und Repression

Diese sollte im Rahmen der 1970 auf fünf Jahre befristeten (und 1975 verlängerten) Übergangsregelung Experimente und Mitsprache in einem breiten Rahmen ermöglichen und Anhaltspunkte für ein neues Gesetz liefern. Sie ging zurück auf einen Vorschlag des Verbandes der Schweizerischen Studentenschaften (VSS) in der eilends zusammengebastelten Expertenkommission, unter deren 29 Mitgliedern nur drei Studenten waren. Die Übergangsregelung (UR) schob die wesentlichen Fragen an die Hochschule ab. Doch schon bei der Auslegung des Gesetzes ergaben sich erste Konflikte. Unter aktiver Schutzhilfe der ETH-Juristen Friedrich und Jagmetti wurde die UR und das geänderte ETH-Reglement immer restriktiver ausgelegt. Zwar war der Schulrat verpflichtet, die Meinungsäusserungen der interessierten Abteilungen und Institute (ART.12, UR) einzuholen. Doch: «Ob und wie die entscheidende Behörde von den ihr gelieferten Entscheidungsgrundlagen Gebrauch machen will, ist ihr überlassen» (Schulratsunterlagen zur Sitzung vom 29. 1. 74). Und wie diese Behörde entschied, wurde mit der Zeit immer deutlicher: gegen die Studenten, gegen die Hochschulreform, gegen Transparenz.

Alternativen abgeklemt

Materielle Vorschläge für Experimente, auf die die Studenten der ETH viel Zeit und Energie verwendet hatten, wurden beinahe ausnahmslos liquidiert oder schon im Keim erstickt. Im hier nur die wichtigsten drei zu nennen:

- die *Gastdozenten Zinn, Janssen und Schulte* werden 1971 aus politischen Gründen von der ETH gemischten
- konkrete Vorschläge der Studenten für die Einführung von alternativen *projektorientierten Studiums* scheitern letztlich an der Schulleitung
- Vorschläge einer *Arbeitsgruppe Ausbildungsziele und Lehrinhalte* werden entweder verwässert oder nicht ernst genommen.

Gegen Hochschulreform: der Schulrat

Der VSETH-Vorstand konstatierte 1974 an einem grossen Teach-in: «Aus der Reformfreude ist Heuchelei und Repression geworden.» Prof. Ziegler hielt von den Studenten in den Abteilungsräten, den geheimnisvollen neuen Gremien, nicht viel: Sie seien «nicht von den guten Durchschnittsstudenten, sondern solche, die sich «interessieren», die Gesellschaft «umstrukturieren» wollen und die Hochschule zerstören wollen». Wen verwundert's nach dieser Geringschätzung, die auch von anderen Dozenten geteilt wurde, wenn die Studenten auch im Abteilungsrat bittere Erfahrungen machten? Der Abteilungsrat hatte reine Alibi-funktionen, der Schulrat entschied weiterhin nach einem Gutdünken und Belieben – konsequent gegen die Ansichten der Studenten, aber auch gegen unbenutzte Reformvorschläge von Abteilungsratsmehrheiten.

Was aber geschah interdessen in der Expertenkommission? Sie mehrheitlich aus alten Gegnern der studentischen Forderungen bestehend, wusste auch nicht so recht, was sie tun sollte, und wie das in derlei Situationen dann so ist, setzte sie einen Fragebogen auf. Dieser wurde nach dem damaligen Präsidenten der Kommission «Fragebogen Zwillingen» genannt und an Parteien, Organisationen, interessierte Vereine usw. zur Beantwortung versandt. Die Studenten der ETH kritisierten daran den «völlig

untauglichen Aufbau», der «alle Zusammenhänge zerreissen», wesentliche Teile abschneiden, andere unmissig auseinanderzerren» musste. «Unter diesem Aspekt erscheint uns die Umfrage zum ETH-Gesetz als untauglicher Versuch», schrieben sie und erhielten für diese klare Antwort, die man nicht gerne hören wollte, beinahe eins aufs Maul.

Die 71 Antworten wurden in einer immensen Fleissarbeit zu einem 129 Seiten starken Bericht verwurstet, der nichts, aber auch gar nichts für die weitere Arbeit hergab. Das Sekretariat der Expeko konstatierte lakonisch, es nehme davon «Abstand, sich über den Wert der Umfrage und ihrer Ergebnisse auszusprechen».

In den letzten drei Jahren nun folgte endlich die inhaltliche Arbeit an einem neuen Gesetzesentwurf. Die Studenten in der Expeko hofften immer noch, dass sich innerhalb der Kommission ein Lernprozess abspielen könnte, wenn sie sich einmal intensiv mit Fragen der Hochschul- und Wissenschaftspolitik auseinandersetzen hätte. Denn Experten waren die wenigsten dieser Herren aus Wirtschaft und Gewerbe. Und weibliche Experten scheint es in der Schweiz schon gar nicht zu geben: eine Frau war nie unter den 29 Kommissionenmitgliedern...

Kurzer Reformhauch

Die Studenten von VSS und VSETH schied deshalb eine Grundsatzdebatte über Fragen der Hochschulreform vor. Der Delegiertenkonvent des VSETH diskutierte eingehend Thesen zu einem neuen ETH-Gesetz. Auf massives Drängen der Studentenvertreter hin und weil sie früher einmal ein Versprechen gegeben hatte (später nahm sie es auch mit ihren Versprechen nicht mehr so genau), hörte sich die Expeko dann einen Morgen lang drei wirkliche Experten aus dem In- und Ausland an. Anschliessend an diesen Morgen wehte ein kurzer Reformhauch durch die Kommission, doch das Lüftchen war bald ausgedunstet. Statt sich materiell mit den Thesen von VSS und VSETH auseinanderzusetzen – Gilgen erachtete die Diskussion und die Grundsatzthesen als eine «Orgie des Leerlaufs» und drohte, sich aus der Kommission zurückzuziehen, wenn sich das nicht schleunigst ändere –, gewannen jene Experten die Oberhand, die wie Gilgen ohne langes Fakeln aus Aussagen des Gesetzesentwurfs gehen wollten. Sie fällten die wichtigste Vorentscheidung: Im neuen ETH-Gesetz soll keine Mitbestimmung seitens der Studenten verankert werden.

... von steifer Brise abgelöst

Mit der Ausarbeitung eines Gesetzesentwurfs wurden schliesslich drei Juristen beauftragt: Prof. Th. Fleiner (Uni Fribourg, CVP), Prof. R. Jagmetti (ETHZ, FDP-Rechtsausen) und Prof. Derron (EPFL). Der Antrag der Studenten, der Kommission neben diesen beiden ETH-Juristen noch je einen Studenten und Assistenten zuzuordnen (da die beiden ETH-Dozenten ja kaum unvoreingenommen seien) wurde abgelehnt. Statt dessen wurde die Expertenkommission noch durch die Hintertüre angereichert: Dr. Brüllmann, ehemaliger Vertreter der ETH-Assistenten, der sein Mandat wegen Stellenwechsel hatte abgeben müssen, verblieb auf Bitten von Alt-Ständerat Choisy (Verwaltungspräsident der Grande Dixence) als «Berater» in der Kommission; ein Vertreter der Annexanstalten (EIR, EAWAG, SIN usw.) wurde ebenfalls als «Berater» ernannt. Und zu guter Letzt wurden auch noch die beiden Präsidenten der Reformkommissionen Prof. Friedrich (ETHZ) und Prof. Jufer (EPFL) eingeladen. In der Konsequenz hatte die Professoren- und Industrie-lobby, die bisher oft nur wenig Argumente in die Diskussion hatte werfen können und teilweise schlecht informiert war, eine regelrechte Hausmacht von Fürsprechern.

Damit war der Mist geführt. Die Diskussion um den von den Juristen vorgelegten Entwurf wurde für die Studentenvertreter zu einem permanenten Rückzugsgefecht. «Rücksicht auf die

Grundsatzdiskussion» wurde von der Kommission nur gerade dann genommen, wenn sie damit studentische Forderungen abblocken konnte. Früher gefasste Entschlüsse wurden liquidiert, wenn die Mehrheitsverhältnisse gerade günstig standen. Die Interessenverhältnisse und die Mehrheiten waren klar: Studenten, Assistenten und Gewerkschaften wurden Mal für Mal isoliert und waren permanent in der Minderheit. Die Situation zeichnete sich dadurch aus, dass man «stundenlang wie wild auf allen Ebenen zu argumentieren versucht, vom Grundsätzlichen längst abgetrennt auf der Stufe der dritten und vierten Eventualität, zuletzt noch gute Vorschläge machend für eine sinnvolle Verhandlungsführung und Diskussionsgliederung, dies alles nur, um nicht Sitzung für Sitzung mitleidig belächelt, ägerlich bekämpft, stillschweigend übergangen ... zu werden» aus dem Jahresbericht des VSS-Verträtters 1974).

Pflastersteine statt Unterschriften?

Das neue Gesetz, das steht jetzt endgültig fest, wird ein Anti-Mitbestimmungsgesetz und ein Anti-Reform-Gesetz. Transparenz soll nicht geschaffen, Entschlüsse weiterhin hintendurch statt demokratisch in einem geeigneten Organ gefällt werden. Freiräume für Reformen

Die Rausschmisse an der ETH

Auch Bundespersonal betroffen

Jetzt schlägt der Entlassungshammer auch an der ETH Zürich zu. Der erste Schlag erfolgte im Juni 1975, als die Schulleitung 154 Verträge von privatrechtlich angestellten Hilfskräften, Arbeitern und wissenschaftlichen Mitarbeitern auf Ende Dezember 1975 befristete. Der zweite Schlag folgte im Dezember 1975: Entlassung von Bundespersonal.

Mit einer energischen Resolution hat die Zürcher Sektion Eidgenössisches Personal des VPOD (Verband des Personals öffentlicher Dienste) gegen die Entlassungswelle protestiert. «Es geht nicht an», schreibt die Gewerkschaftsaktion, «das ETHZ-Personal auf die Strasse zu stellen, während Bundesrat und höchste Bundesstellen ständig von Arbeitsplatzsicherung reden».

Der VPOD fordert «die sofortige Zurücknahme der ausgesprochenen und angekündigten Entlassungen» und verlangt von Schulleitung, Schulrat und Bundes-

Die VPOD-Resolution

Die Sektion Zürich Eidgenössisches Personal des VPOD verlangt von der Schulleitung, dem Schulrat und dem Bundesrat unverzüglich Massnahmen zur Erhaltung der Arbeitsplätze an der ETHZ. Es geht nicht an, das ETHZ-Personal auf die Strasse zu stellen, während Bundesrat und höchste Bundesstellen ständig von Arbeitsplatzsicherung reden. Wir fordern die sofortige Zurücknahme der ausgesprochenen und angekündigten Entlassungen an der ETHZ.

rat «unverzüglich Massnahmen zur Erhaltung der Arbeitsplätze an der ETHZ».

In einer Stellungnahme zur gewerkschaftlichen Protestresolution behauptet nun die Poly-Schulleitung, die Anstellungsverhältnisse der ETH-Angestellten seien «nicht so unsicher», wie es die VPOD-Sektion behauptete. Und von einer «Ausweitung der prekären Personalsituation auch auf Bundesangestellte» könne «keine Rede» sein. Was ist tatsächlich geschehen?

Arbeitsplätze gefährdet

Dank der sofortigen Intervention der Gewerkschaft und einiger ETH-Institute nahm die Schulleitung eine grössere Zahl der ursprünglich 154 Kündigungen zurück. Trotzdem sind heute noch die Arbeitsplätze von 25 privatrechtlich Beschäftigten akut gefährdet: Die ETHZ hat zwar – ebenfalls auf Druck des VPOD – ihre Verträge verlängert; aber bloss bis zum 30. Juni 1976. Danach droht auch ihnen der Rausschmiss aus der bundeseigenen Schule.

Die Kündigungen begründet die ETH-Schulleitung mit dem durch Bundesbeschluss vom 5. Dezember 1974 angeordneten Personalstopp – obschon weder in Bundesrats- noch in Parla-

Weisst Du, dass Dich der Druck von 200 Exemplaren Deiner 100seitigen

Dissertation

nur ca. Fr. 820.– kostet?

Als Spezialfirma auf diesem Gebiet liefern wir schnell saubere Arbeit!

Auskunft und Beratung:

Foto-
aku

Agentur ZÜRICH

Edith Florin
Bödenweg 26, 8046 Zürich
(Neuauffoltern)
Tel. (01) 57 24 20

und Experimente sollen nur nach dem Ermessen einer mächtigen Hochschulschulspitze zugestanden werden, und über die wesentlichen Fragen wird keine Mitbestimmung stattfinden. Wenn die Referendums-Studenten von 1968 das Resultat vielleicht noch einmal mit den oben aufgeführten Katalog ihrer Forderungen – wer weiss, dann hätten sie es vielleicht auch mit Pflastersteinen statt mit Unterschriftenbögen versucht!

Den Studentenvertretern blieb als minimale Konsequenz nur noch die Aufgabe, «den Entscheidungsweg dieser Gesetzesschöpfung (zu verfolgen) und möglichst transparent darzustellen und zu vermitteln» (Jahresbericht 1973). Wundert's noch jemanden, wenn ihnen

heute auch das noch verboten werden soll? Die Berichterstattung im WOKA des VSETH erregte den Anstoss des Rektors der ETH: «Meines Erachtens entspricht die Publikation des Abstimmungsergebnisses der (wenn auch nur kurzen) Auszüge aus dem Entwurf in einem öffentlich zugänglichen Organ, dem WOKA, nicht dem Beschluss der Kommission (über Vertraulichkeit, F.R.).» So ist das also: Die Studentenvertreter, bereits in der Expeko isoliert, sollen also auch an der ETH nicht mehr ihrer Informationspflicht nachkommen dürfen. Ich höre jetzt schon die Vorwürfe, sie verträten nicht die Meinung der Mehrheit der Studierenden. Kunststück! Die Dozenten sind auf die interne Meinungsbildung natürlich nicht angewiesen, sie haben ja ihre diversen informellen Kanäle, haben Sekretärinnen und eine Hauspost, die schon dafür sorgen werden, dass auch «Vertrauliches» in die richtigen Hände gerät. So geht das!

Was passiert mit dem Gesetzesentwurf nun weiter? Es wird mit dem Forschungsgesetz und dem Hochschulförderungsgesetz koordiniert werden. Da die beiden letzteren zur Zeit in der Vernehmlassung sind und nicht vor Herbst 76 in die Räte gelangen werden, dürfte die überarbeitete Fassung des Entwurfs frühestens im Wintersemester 76 in die Vernehmlassung kommen. Dann wird es

Die wichtigsten Materialien zum Fisko der sogenannten Experimentierphase an der ETH sind zusammengetragen in der Broschüre «Übergangsregelung: Geordneter Übergang oder überlegene Regel» sowie im Artikel «Sisyphus oder das Ende der Reformillusionen» (zürcher student Nr. 4/74). Beide sind gegen 1.50 Fr. in der Buchhandlung bei der Redaktion «zürcher student», Rämistrasse 66, 8024 Zürich.

für uns darum gehen, unsere Meinung – und das wird unsere scharfe Ablehnung dieses Gesetzesentwurfs sein – klar und unmissverständlich zum Ausdruck zu bringen.

Den Lichthof nutzen

bm./ls. Die Kulturstelle der Universität Zürich (KUST) bemüht sich, möglichst vielen Kunst ganz ohne Patina zugänglich zu machen. In nächster Zeit will sie periodisch Ausstellungen direkt in den meist dicht besetzten Lichthof bringen. «Zeitungswand und Wandzeitung» – die zehn Bilder Comenissos bilden die erste Kunstausstellung im Lichthof der Universität. Die Zeitungswand im Lichthof ist die zwanzigfache Vergrösserung der Titelseite der Januarnummer des «zürcher student». «Zeitungswand und Wandzeitung» bedeuten Information und Provokation, Anregung zum Gespräch.

zürcher student

Offizielles Organ des Verbandes der Studierenden an der ETH-Zürich und der Studentenschaft der Universität Zürich, unter Beteiligung des Verbandes der Studierenden der Dolmetschschule.

Erscheint neunmal jährlich. Auflage 17 000.
Redaktion und Administration: Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Schweiz; Telefon (01) 47 75 30. Postcheckkonto 80-35598.

Redaktion: Ruedi King, René-Pierre Müller, Felix Ritter, Liselotte Suter.
Die im «zürcher student» erscheinenden Artikel geben jeweils die Meinung des Verfassers wieder.

Abdruck von Artikeln nur nach vorheriger Absprache mit der Redaktion gestattet.

Für unverlangt zugesandte Unterlagen wird keine Verantwortung übernommen.

Inserten: Mosse-Annoncen AG, Limmatquai 94, CH-8023 Zürich, Tel. (01) 47 34 00, Telex 55 235.

Druck und Versand: Tages-Anzeiger, Postfach, 8021 Zürich.

Redaktionsschluss Nr. 1: 31. 3. 76
Insertenschluss Nr. 1: 7. 4. 76

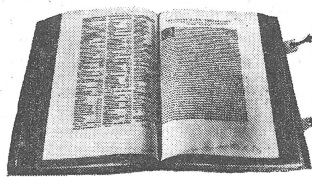
Wissen Sie, wo Paracelsus seine Bücher gekauft hat?

Buchhandlung für

MEDIZIN H. Freihofer

- Medizin
- Veterinärmedizin
- Zahnmedizin
- Pharmazie
- Biologie

Rämistrasse 37 8024 Zürich Tel. (01) 47 92 22



Buchhandlung

HUMANA H. Freihofer

- Psychiatrie
- Psychologie
- Erziehung
- Soziologie

Rämistrasse 37 8024 Zürich Tel. (01) 47 61 20

Hätte er uns gekannt...

wo d'studänte anegönd...

Café «Studio» gute Küche, angenehmer Aufenthalt Hottingerstrasse 5 Zürich Telefon 32 91 41	ZUR KANTOREI 8001 Zürich, Neumarkt 2 Telefon 47 99 62 <i>Das gepflegte Restaurant für jedermann im Verbindungshaus der Zürcher Singstudenten</i> Michel und Ingrid Panchaud
Restaurant Pfauen am Heimplatz Preiswerte Menüs und Tellergerichte	Besonders guter Kaffee Tellerservice ab Fr. 4.80 Tea-Room Mercury Lunch-Room Haldenbachstr. 3, 8006 Zürich Tel. (01) 47 32 40 Fr. Unger
Tea-Room «Vogelsang» Vogelsangstrasse 10, Tel. 28 90 30, 8006 Zürich Annahme von Lunch-Checks. Für Studenten 10% günstiger essen mit Vogelsang-Checks! Täglich sehr preiswerte und reichhaltige Menüs. Wir freuen uns, Sie begrüssen zu dürfen P. und M. Tibau-Betschart	Schöner Wohnen's Kafi Neumärkt Ecke Neumarkt/Obmannamtsgasse Der gemütliche Treffpunkt mit un- gezwungener Atmosphäre. Entspannen Sie sich in unseren herrlich bequemen Polstern bei einem erfrischenden Kaffee oder bei einer unserer vielen speziellen Teesorten. Man trifft sich – man sieht sich im Neumärkt! Tea-Room Snackes günstige Tellergerichte MAROKKO Spezialitäten zu jeder Tageszeit kalt und warm F. Rieder-Harlander Rämistr. 31, beim Bellevue vis-à-vis Parkhaus Hohe Promenade
Preiswert und gut essen im Rest. «Johanniter» Niederdorfstr. 70 und Rest. «Gans» Niederdorfstr. 88 abends ins jazz-house «Picadilly- Circus» mit internat. Spitzenorchestern wie Picadilly-Six, Harlem Ramblers usw. Eintritt frei	Schauspielhaus Zürich Spielplan im Februar Wald Kunsthalle von Alexander N. Orosch Dunant Stück von Herbert Meier Das Mädel aus der Vorstadt Posse mit Gesang von Johann Nestroy Amphitryon Lustspiel von Heinrich von Kleist Legikarten 2 bis 8 Fr. immer an der Abend- kasse und teilweise bereits im Vorverkauf. Rämistrasse 34, 1. Stock. Studio auf allen Plätzen: 5 Fr. atelier junge leute treffen sich im atelier Rämistr. 31, beim Bellevue vis-à-vis Parkhaus Hohe Promenade

Studentenpreise!

Weisst Du, dass wir Spezialisten sind für

DISSERTATIONS-DRUCK

(auch SKRIPTEN, BROSCHÜREN UND BÜCHER)

und deshalb besonders vorteilhaft, qualitativ hochstehend
und schnell arbeiten. Wir erledigen auch zuverlässig alle
administrativen Umtriebe gratis für Dich.
Eine Anfrage lohnt sich auf jeden Fall. Wir stehen Dir für
alle Auskünfte mit fachmännischer Beratung zur Seite.

DRUCKEREI SCHNEIDER, Asylstr. 144, 8032 Zürich
Tel. (01) 53 69 33

Gruppendynamische Klausurtagungen

Wochenenden, langlaufende Studien- und Balintgruppen

Verlangen Sie den ausführlichen Prospekt:

GAG Gesellschaft für Analytische Gruppendynamik
Arbeitsgemeinschaft Schweiz
Wangenerstr. 5
8307 Effretikon Tel. (052) 32 51 68

MAGI'S JEANS SHOP

Jeans à gogo...

Grosse Auswahl Rund- und
Tweedhosen in vielen modischen
Farben. Unisex. Pullis, Jacken,
Hemden und Accessoires
10 % Rabatt für Studenten!

Telefon 01/349443

Weinbergstrasse 15
8001 Zürich

1200 Liter Blut flossen...

An der 9. Blutspendeaktion der Medizin-
studenten der Universität Zürich
haben in der vergangenen Woche 3292
Spender insgesamt über 12 Hektoliter
Blut gespendet. Trotz diesem eindrück-
lichen Resultat sind die Medizinstudenten
etwas enttäuscht, hatten sie doch ge-
hofft, mehr als 4000 Spender zur so
wichtigen Blutentnahme zu bewegen.
Wie in den letzten Jahren zeigten die
Angehörigen der medizinischen Fakultäten
der Universität und die Angehörigen
der Abteilung Kultur und Vermes-
sung, Forst- und Landwirtschaft der
ETH die beste Beteiligung. Unter den
Hochschulstudenten waren die Ökono-
men und Architekten am wenigsten
spendefreudig. 100%ig vertreten waren
hingegen die Rektoren der beiden
Hochschulen... Sowohl Rektor Leuen-

berger (Uni) als auch Rektor Zollinger
(ETH) gingen bei der Blutspende mit
gutem Beispiel voran. Dass sich dieses
Jahr deutlich weniger ausseruniversitäre
Spender zur Blutspende einfanden, füh-
ren die Medizinstudenten einerseits auf
das kalte Wetter und andererseits auf
die geringen Werbemöglichkeiten in den
Massenmedien zurück. So bleibt die
Hoffnung, dass es gelingt, auf die Jubi-
läumsaktion 1977 «10 Jahre Blutspen-
deaktion der Zürcher Hochschulen»
einen Spender von einem oder mehreren
TV-Werbespots zu finden.

Gleichwohl möchten die Organisato-
ren allen herzlich danken, die in irgend-
einer Weise zum Gelingen dieser
Aktion beigetragen haben. Dieser Dank
gilt in erster Linie allen Spendern und
Spendewilligen, aber auch den zahlrei-
chen prominenten Persönlichkeiten wie
auch allen Helfern und jenen Firmen,
die durch ihre Mitarbeit oder finanzielle
Unterstützung die Durchführung der
Blutspendeaktion ermöglicht hatten.

Medizinstudenten der Uni



UNI KINDERGARTEN

EXPERIMENTIER KINDERGARTEN

Die Klassenkämpfe in Europa an einem Wendepunkt: Ist die revolutionäre Linke noch eine Alternative zu den sozialistischen und kommunistischen Parteien?

Broschüre der Revolutionären Aufbauorganisation Zürich (RAZ), Sonder-
nummer der «Revolutionären Politik»

Versuch einer kritischen Bilanz von fünf Jahren organisierter Praxis/Kritik
am Engpass, in den sich grosse Teile der revolutionären Linken hineinman-
övriert haben/Welche Zukunft hat die europäische Arbeiterbewegung unter
den Hegemonialansprüchen der USA und der UdSSR? Die Krise heute –
eine gefährliche Verknüpfung von Klassenkampf und Blockkonflikt.

Erscheint Anfang März 1976
Bestellungen an RAZ, Postfach 99, 8037 Zürich

Unterstützen Sie uns! Auf Anfrage schiken
wir gerne Zeitungsplakate oder Wer-
benummern (Tel. 01/47 75 30).

Farben

zum selber Malen
und die gute
Beratung bei



Schaffhauserstrasse 6
(vis-à-vis Krone)

Tel. (01) 26 30 61, Zürich
Alles zum Malen

**gute
bücher
billig**
z.B.
Bouret/
HENRI ROUSSEAU,
269 S. 232 Abb., davon
50 Farbtafeln, jetzt Fr. 29.50.
Mühlegasse 13 • Rämistrasse 33, Zürich
Bücher-Bazar ist ein Gemeinschaftsunternehmen der
Buchhandlungen Enge AG, Robert Krauthammer,
Krauthammer Taschenbücher, Kinderbuchladen Schatz-
mann und H.U. Zbinden u. Co.

Telefonzitiert 01/39 11 12 kurz und kritisch

Seit dem April 1975 sind schon 1100
Südvietnamesen in die Schweiz eingerei-
st und haben ohne Schwierigkeiten vom
Bund politisches Asyl erhalten. Unser
Bundesrat stellte im Gegensatz zur
Chile-Flüchtlingsaktion Geld in grosser
Menge zur Verfügung. So haben die
sieben Grossen in Bern schon 2,7 Mil-
lionen Franken Stipendiengelder abge-
geben. 280 Studenten sollen in nächster
Zeit je 6000 Franken Jahresunterstüt-
zung bekommen.

Wie war das schon wieder bei der
blutigen Unterdrückung der demokrati-
schen Rechte in Chile: Durch eine ver-
gleichbare Bundesaktion ist lediglich
200 Chilenen politisches Asyl gewährt
worden. Die Freiplatzaktion konnte
dann weitere 400 Chilenen unter
Visumzwang in die Schweiz bringen.
Die «Telefonzitiert» meint: Der Bundes-
rat – im rechten Auge eine grosse Träne,
im linken Auge ein Güter.»

Ordnung und Reinlichkeit sind in der
Volkschule immer noch wichtiger als
Unfallverhütung. Das beweist deutlich
die neue Turnanlage im Schulhof des
renovierten Kernschulhauses im Keis 4.
Trotz Einspruch von seiten der Lehrer-
schaft hat man den Boden unter den
Turngeräten asphaltiert. Er sei so eben
leichter sauber zu halten...

Jedes Kind setzt sich beim Turnen
der Gefahr einer schweren Verletzung
aus. Noch bei der Einweihung des reno-
vierten Schulhauses durch den Stadtrat
Baur scheint dieses «Detail» dem Stad-
trat und den versammelten Pressevertre-
tern aufgefallen zu sein.

330 000 Franken Mehrausgaben für die
Ausrüstung und Bewaffnung der Polizei,
2,2 Millionen Franken für den baulichen
Zivilschutz und weitere 100 000 Fran-
ken für die Projektierung des Seetun-
nells: Das sind die Schwerpunkte des
neuen Budgets der Stadt Zürich. Im
ganzen sind 125 Millionen Franken vor-
gesehen als Beiträge zur Finanzierung
hilfe an private Bauunternehmer. Die
Millionen werden unter dem Stichwort
der Arbeitsplatzsicherung locker ge-
macht – der Tiefbau mit relativ wenigen
Arbeitsplätzen kommt merkwürdiger-
weise am besten weg.

Wo bleiben die Millionen für den
sozialen Wohnungsbau, den öffentlichen
Verkehr und die Schulen?

VIP heisst «very important person» und
ist unter anderem ein Freipass für Spe-
zialbehandlung von Prominenten bei
den internationalen Fluglinien. Bei der
Schweizer nun reichten die Ausgabenein-
schränkungen in letzter Zeit bis in den
VIP-Bereich: Die Swissair schloss vor
kurzem Verwaltungsrate, Generaldirek-
toren und deren Gefolge aus dem VIP-
Clan aus. Nur noch politische und kirch-
liche Machtverwalter kamen in den Ge-
nuss der Sonderbehandlung. Die Wirt-
schaftsbesse jedoch führten sich durch
die Nichtprivilegierung «diskriminiert»
und setzten es durch, dass die Swissair
nach nur anderthalb Monaten die Spar-
massnahme rückgängig machte. Die
«Telefonzitiert» meint: «So fliegt die he-
ilige Dreifaltigkeit Politik, Wirtschaft und
Kirche wieder munter zusammen.»

Die Hypothekarzine sind gesenkt wor-
den. Logischerweise sollten dann auch
die Mietzinsen günstiger werden. Doch
was tut die städtische Liegenschaftsver-
waltung? Noch im letzten Oktober hätte
eine subventionierte 4½-Zimmer-
Wohnung in der neuen Überbauung
Hardau laut Aussage der Stadträte
Frech und Koller 640 Franken kosten
sollen. Heute kostet das gleiche Dach
über dem Kopf 845 Franken brutto im
Monat, das sind ziemlich genau 30%
mehr. Die Wolkenkratzerpreise sind um
so empörender, als man weiss, dass die
Stadt bei der Auftragsvergabe auf
sogenannt günstige Offerten eingegan-
gen ist – was in einem besonders drasti-
schen Fall hiess, dass die Lohnsätze
40% unter dem Akkordtarif gelegen
haben.

«Wenn nette Medikamente umständlich
geprüft werden, dann müssen die, wel-
che die Medikamente dringend brau-
chen, viel zu lange darauf warten. Der
Gesundheitschaden, der ohne Anwen-
dung der neuen, ungeprüften Medika-
mente entsteht, ist bedeutend grösser,
als wenn man den Kranken noch unge-
prüfte Medikamente verabreichen
würde», meint ein Soziologieprofessor. –
Ist das ein Zyniker.

Normalerweise werden nämlich neue
Medikamente zuerst an Gefängnisinsas-
sen und sogenannten verwahrlosten Per-
sonen aus Heimen ausprobiert. Zum an-
dern beschaffen sich die Pharmakon-
zerne Versuchspersonen, indem sie mit
fürstlichen Honoraren für praktische
Ärzte nicht gerade geizig sind. – Doch
kein Zyniker, der Professor, oder?

Am 19. Februar, 20.30 Uhr in der unter-
en Uni-Mensa:
Chansons im Multipack
Ernst Born, Urs Hostettler, Jürg Jegge,
Martin Hauzenberger.



RAUNHARDT
Inh. Gerhard Heinemann & Co. gegr. 1890

8001 Zürich, Kirchgasse 17, beim Grossmünster,
Tel. (01) 32 13 68/69

Die Fachbuchhandlung für

Medizin – Psychologie
Recht – Ökonomie
Architektur

mit der grossen Tradition. Individuelle Bedienung und
Beratung. Juristisches Antiquariat.

Nutzen Sie die günstigen
Sammelbestellungen gemäss
Inserat der
Interessengemeinschaft
Wissensch. Buchhandlungen!

Wir suchen per sofort oder nach Vereinbarung Studentinnen und Stu-
dentinnen für eine exklusive, sehr lohnende

Nebenbeschäftigung

Wir bieten: Überdurchschnittliche Verdienstmöglichkeit, freie Zeit-
einteilung, keine Verpflichtungen.

Rufen Sie uns an: Dienstag und Donnerstag 17–19 Uhr, Telefon (01)
39 33 30

REHA International
Kasernenstrasse 19, 8003 Zürich/CH

Skimode

Jetzt letztjährige Skidresses, Skijacken, Pullover usw. zu stark reduzierten Preisen.
Dank der hochstehenden Qualität profitieren Sie von einem echten Preisnachlass.

STADI-SPORT

8005 Zürich
Josefstrasse 59
Telefon 01 44 14 88
Donnerstag Abendverkauf
Durchgehend geöffnet
Parkplatz

Kongresshaus Zürich

Donnerstag, 26. Februar, 20.30 Uhr

MIGROS präsentiert:

GEORGES MOUSTAKI

«Le métèque...»

Karten Fr. 10.– bis Fr. 25.–

Vorverkauf:

Ex Libris, St.-Peter-Strasse 1, Telefon 25 16 71
Kuoni Bahnhofplatz, Telefon 27 55 16
G. Schmid, Limmatplatz, Telefon 42 25 82

Englisch in Oxford

Sprachkurse zu jeder Zeit für Studenten aller Stufen. Dokumentation unverbindlich durch:

OISE Oxford Intensive School of English

OISE, 13–15 High Street, Oxford, GB
Tel. 4 72 72, Telex 837665

Fahrschule

W. Trachsel, Ing.
Automobilexperte
8003 Zürich-Wiedikon
Zweierstrasse 129

Tel. 33 65 44 und 33 88 66
Privat 25 81 61

Wir offerieren Studenten und Gymnasialisten 10% Rabatt für vorzüglichen praktischen Fahrunterricht.

Ihre Dissertation

druckt und bindet zu günstigem Preis (15–25% billiger) sauber und rasch

Brütsch Druck
Tel. (053) 6 27 02
8211 Trasadingen

Ihr Brillenspezialist für Augenoptik + Kontaktlinsen

Welcho-Optik
Welchogasse 4
8050 Zürich
Telefon 01/46 40 44

gewährt Studenten

20% Rabatt

auf Brillen

10% Rabatt

auf Sonnenbrillen, Feldstecher, Höhenmesser, Lupen und Kompass

Harte Kontaktlinsen und

weiche Kontaktlinsen

Preise auf Anfrage

Ansprechende Auswahl günstige Preise

finden Studenten in unseren Gastbetrieben

Mensa der Universität
Unibar
Erfrischungsraum
Erfrischungsraum
Erfrischungsraum

Olivebaum
Frohsinn
Hotel-Restaurant Rütli

Künstlergasse 10
Universitätsgebäude
Institutsgesellschaft Freiestr. 36
Zahnärztliches Institut
Med. vet. Institut im Kantonalen Tierspital
Stadelhoferstrasse 10
am Hottingerplatz
Zähringerstrasse 43

Lehrbücher und Fachbücher für

Technik, Betrieb und Wirtschaft

Alle Neuerscheinungen in unseren Fenstern
Abonnements auf jede Zeitschrift:
Tel. 34 80 48

Buchhandlung zum Elsässer

Arnold & Stamm AG, 8001 Zürich
Limmatquai 18, Tel. (01) 47 08 47/32 16 12

Pour tous vos livres français et anglais

Librairie Payot

Bahnhofstrasse 9 Tel. 27 54 52 oder 27 54 53

STUDIENLITERATUR

(Regelung per 1. Januar 1976)

Jetzt kann Studienliteratur preisgünstig mit Rabatt bezogen werden. Richten Sie **Sammelbestellungen** (Einmalbezug in bestimmter Grösse) mit folgenden Vergünstigungen an den Fachbuchhändler:

Studenten!

ab 10 Exemplaren des gleichen Titels: **5%**

ab 20 Exemplaren des gleichen Titels: **10%**

ab 50 Exemplaren des gleichen Titels: **15%**

Die nachstehenden Gebiete werden von Mitgliedern der Interessengemeinschaft Wissenschaftlicher Buchhandlungen (IWB) hauptsächlich geführt und fachmännisch gepflegt:

Architektur:	Buchhandlung zum Elsässer, Arnold + Stamm AG, Limmatquai 18, Tel. 32 16 12 Raunhardt, Inh. G. Heinemann & Co., Kirchgasse 17, Tel. 32 13 68
Film – Massenmedien	
Germanistik – Altphilologie – Geschichte:	Hans Rohr, Oberdorfstr. 5, Tel. 47 12 52
Mathematik – Chemie:	Freihofer AG, Universitätstr. 11, Tel. 47 08 33 Akad. Buchhandlung Wurzel, Inh. P. Baltzer, Mühlegasse 19, Tel. 32 14 80
Medizin – Biologie – Chemie – Psychologie:	Freihofer AG, Rämistr. 37, Tel. 47 92 22 und Universitätstr. 11, Tel. 47 08 33 Hans Huber, Zeltweg 6, Tel. 34 33 60 Raunhardt, Inh. G. Heinemann & Co., Kirchgasse 17, Tel. 32 13 68
Psychologie:	Humana (Freihofer), Rämistr. 37, Tel. 47 61 20
Psychologie – Philosophie – Soziologie:	Hans Rohr, Oberdorfstr. 5, Tel. 47 12 52
Recht – Nationalökonomie – Wirtschaft:	Raunhardt, Inh. G. Heinemann & Co., Kirchgasse 17, Tel. 32 13 68 Schulthess, Polygraphischer Verlag AG, Zwingliplatz 2, Tel. 34 93 36
Wirtschaft – Betriebswirtschaft:	Buchhandlung zum Elsässer, Arnold + Stamm AG, Limmatquai 18, Tel. 32 16 12 Freihofer AG, Universitätstr. 11, Tel. 47 08 33 Schulthess, Polygraphischer Verlag AG, Zwingliplatz 2, Tel. 34 93 36 Akad. Buchhandlung Wurzel, Inh. P. Baltzer, Mühlegasse 19, Tel. 32 14 80
Romanistik:	Buchhandlung Romanica GmbH, Stampfenbachstr. 7, Tel. 34 19 62
Technik – Chemie – Physik:	Buchhandlung zum Elsässer, Arnold + Stamm AG, Limmatquai 18, Tel. 32 16 12 Freihofer AG, Universitätstr. 11, Tel. 47 08 33 Akad. Buchhandlung Wurzel, Inh. P. Baltzer, Mühlegasse 19, Tel. 32 14 80

IWB

Interessengemeinschaft Wissenschaftlicher Buchhandlungen

Zürich, Zwingliplatz 2, 8022 Zürich, Postfach

Boldern-Tagung «Anstellungsverweigerung für Lehrer»

... «das Fürchten zu lernen»

Politisch motivierte Anstellungsverweigerungen für Lehrer und andere – vor allem intellektuelle – Berufe häufen sich (nicht nur) im Kanton Zürich. In der Finanzmetropole hat nun Erziehungsdirektor Gilgen offizielle Richtlinien für die Nichtanstellung von Lehrern erlassen, so dass sich für ihn das ganze Problem auf die Ebene der Formalbürokratie abschieben lässt. Das Tabu Berufsverbot bleibt so scheinbar unangetastet. Doch auf der Tagung «Anstellungsverweigerung für Lehrer», veranstaltet vom Tagungs- und Studienzentrum Boldern und der Evangelischen Hochschulgemeinde Zürich, wurden die «seltsamen» Vorfälle und Massnahmen bei Lehrereinstellungen beim Namen genannt, die Frage hartnäckig gestellt, wie gross in unserer Demokratie die Spielräume für die Freiheit noch sind. Nur einige wenige wussten zum Thema «Repression» für einmal nichts zu sagen: der speziell mehrmals angefragte Erziehungsdirektor Gilgen, sämtliche Mitglieder des Erziehungsrates sowie die eingeladenen Rektoren von Seminar-, Hoch- und Mittelschulen glänzten durch Abwesenheit!

180 Interessierte – darunter ein Drittel Lehrer, 14 Kantons- und Nationalräte, Betroffene wie Jost und Steiner, Studenten und Journalisten – setzten sich in Plenarveranstaltungen und Gruppendiskussionen sehr intensiv mit den Anstellungsverweigerungen für Lehrer und dem dadurch erzeugten Angstklima auseinander. Die Stimmung war in vielen Phasen der Tagung bedrückend. Etlliche junge Lehrer und Studenten hätten etwas zu sagen gehabt; sie schwiegen – sie fürchteten wohl zu Recht Gilgens Dossiers. Erst in den Gruppendiskussionen konnte die Angst verbalisiert werden. (Nicht verlegen um «klare Worte» ist die die «NZZ» in ihrem Boldern-Bericht vom 5.2.76, wenn sie die unter jungen Lehrern «allenthalben auftauchende Angst» mit unfreiwilligem Zynismus als «Reflex der neuen Situation auf dem Arbeitsmarkt» umschreibt.)

Es wurde in Boldern konkret erlebbar, wie wichtig es ist, dass Angeschossene oder Betroffene mit Gleichgesinnten sprechen konnten. Erschreckend war, wie viele Lehrer an dieser Tagung vor einer persönlichen Aussage Angst hatten. Wie sind in dieser Stimmung der allgemeinen Verunsicherung noch Unterrichtsreformen im Schulzimmer und offene Gespräche mit Elternschaft und Schulpflege möglich? Die meisten waren sich darin einig, dass das Klima der Repression nicht nur den Kindern gefährdet, sondern auch den Lehrern, durch das gestörte Vertrauensverhältnis – auch die Kinder und Eltern.

Rezession und Repression

Die Häufung der Anstellungsverweigerungen und der Nichtwahl von engagierten Lehrern wurde aus ganz bestimmten Gründen politisch durchsetzbar. In der Rezession wurden und werden Ausländerkinder kurzerhand über die Grenze gestellt. Viele abgesprungene Lehrer kommen schleunigst zu ihrem angestammten Brotverdiener zurück. Eine gewisse Industrie- und Technikablenkung, bewegt junge Leute, den menschlicheren (und noch vor kurzen gut gefragten und bezahlten) Lehrberuf zu ergreifen. Erstmals nach etlichen Jahren gibt es einen Lehrkräftefluss. Nach optimistischen Schätzungen sind es Hunderte, nach pessimistischen Aussagen Tausende von Lehrern, die im Frühjahr 76 stempeln gehen. Die Selektion bei der Lehrwahl ist streng geworden, die Willkür der angewandten Kriterien erschreckend.

Diese Situation diszipliniert Lehrer und Seminaristen; wer sich kritisch äussert oder gar engagiert, hat wenig Chancen auf eine Stelle.

Von der «Gewalt im Schulzimmer»

In einem Podiumsgespräch legten Juristen, Politiker und Gewerkschafter ihre Standpunkte zu den Anstellungs- bzw. Ablehnungskriterien dar. Für den FDP-Politiker und Juristen Ullin Streiff ging die sprichwörtliche «Anstellungspolitik» Gilgens zu weit. VPOD-Anwalt Fritz Heeb (SP) machte deutlich, dass eine bloss «staatsfeindliche Gesinnung» juristisch nicht genüge, einen Staatsbeamten auszubooten.

Ganz anderer Meinung war der Kantonsrat und Mittelschullehrer Zollinger. Er ging so weit, dass er sagte, ein Dienstverweigerer oder ein Kommunist übe schon dadurch Gewalt aus, dass er im Schulzimmer unterrichte. Die zaghafte Unterstützung dieser Gewalttheorie durch ein, zwei bürgerliche Kantonsratskollegen wirkte eher peinlich.

«Freiheit, die ich meine ...»

Von den CVP-Vertretern Nationalrat Condrau, Zürich, und Erziehungsdirektor Gut, Luzern, stammte die Forderung nach weniger Anglistik von seiten der Behörden und der Lehrer; vom VPOD-Sprecher Walschleger ging die Aufforderung an die Lehrer, sich zu solidarisieren und in Gewerkschaften zu organisieren.

Zweimal Liberalismus

Rudolf Friedrich, Nationalrat FDP: «Der heutige Liberalismus versteht sich keineswegs mehr als Dogma und noch viel weniger als eine Ideologie. Er liefert bloss ein Leitbild für den Aufbau von Staat und Gesellschaft. Manche sagen es sogar noch um einen Grad nüchterner: Er ist eine Methode, und damit wird auch deutlich zum Ausdruck gebracht, dass für Überlegungen politischer Zweckmässigkeit Raum offenbleibt. Richtig verstanden, das heisst von der praktischen Bewährung her beurteilt, geht es in der politischen Praxis stets um die mögliche Freiheit, und das Mass des Möglichen beurteilt sich notwendigerweise danach, ob eine entsprechend gestaltete Ordnung auf die Dauer funktioniert.»

Der Liberale braucht also keineswegs so etwas wie ein schlechtes Gewissen zu empfinden, wenn er in der

Die zwei kontradiktorischen Beiträge von FDP-Nationalrat Friedrich und vom Sozialdemokraten Adolf Muschg beanspruchten die ganze Interpretationsbreite von Begriffen wie Freiheit und Liberalismus. Friedrich ist die persönliche Freiheit nur so lange zu tolerieren, wie die geltende Ordnung auf die Dauer erhalten bleibt. Muschg hingegen stellt die These auf, dass Grundrechte wie Meinungsfreiheit in ihrem Gehalt nicht angetastet werden dürfen. «Der Testfall ist nicht die konforme, sondern die abweichende Meinung.»

Nach der ersten Aussprache – wie weiter?

Die Tagung allein hat keine Probleme gelöst. Sie hat einzig an die Oberfläche gebracht, Kontakte wurden angeknüpft. «Staatsfeindliche» Lehrer wie Jost und Steiner wurden – offenbar immer noch zum Erstaunen einiger – als «normale», offene Menschen erlebt. Ein Beginn von Solidarisierung war spürbar. Die Forderung nach gewerkschaftlicher Organisation, sei VPOD, GE oder GKEW, wurde wiederholt in Gruppen und im Plenum genannt.

Aber auch die Aufklärungsarbeit über Berufsverbote muss weitere Kreise erreichen. In der Region Zürich ist die Initiative für ein Manifest gegen Berufsverbote gegründet worden, um alle liberalen Kräfte gegen die antidemokratische Behördenwillkür zu aktivieren. Die Arbeit der Initiativgruppe für ein Manifestkomitee ist voll angefallen.

Kontaktadresse:

Demokratisches Manifest, Ämterstrasse 82, 8003 Zürich. Telefon (01) 23 70 07.

Eine erste Aufbauarbeit zur Solidarisierung und Zusammenarbeit entsteht hoffentlich über den Kanton Zürich hinaus.

politischen Wirklichkeit auf Grenzen der Freiheit hinweisen muss.»

Adolf Muschg, Sozialdemokrat: «Nun hält der klassische Liberale dafür, dass grundsätzlich erlaubt sein müsse, was nicht aus den allerbesten Gründen verboten bleiben muss... Der weniger klassische Liberale aber, der den Vorbehalten staatshaltende Wirkung zutraut, neigt dazu, sie gleichsam zum System zusammenzusetzen – im Grenzfall lässt sich daraus natürlich eine praktisch lückenlose Einschränkung des Freiheitsraumes konstruieren... Vielleicht sollte man deshalb überhaupt nicht mehr von der «Einschränkung», sondern, wie es im Staatsrecht weit üblich geworden ist, positiv von der «Tragweite der Grundrechte» sprechen – womit auch der Standort der Rechtssubjekte mutiger bezeichnet wäre: Sie stehen nicht nur auf dem Boden dieser Freiheiten, sie geben auch zu erkennen, dass sie ihn erweitern wollen.»

Ein Bericht der Boldern-Tagung, in dem auch die Reden von Friedrich und Muschg – aus denen wir hier zitieren – nachgedruckt sind, erscheint im März 76 und ist zu beziehen bei: Evangelische Hochschulgemeinde, Hirschengraben 7, 8001 Zürich.

Studentische Kommission für Rechtsberatung

Gratis-Gehhilfe auf dem Rechtsweg



1971 stellte der Kleine Studentenrat der Grossen Studentenschaft den Antrag auf Einsetzung einer ständigen GStR-Kommission für Rechtsberatung, Rebeko genannt. Die Rechtsberatung der Studentenschaft entstand aus der Situation, dass immer mehr Studenten in Schwierigkeiten geraten, weil sie sich nicht zu recht in die richtige Stelle zu wenden wissen. Hinzu kommt, dass sich viele Studenten Rechtsaufkünfte aus einem Anwaltsbüro nicht leisten können. Die Rebeko wurde nicht zuletzt auch für ausländische Studenten geschaffen, die sich mit ihren mangelnden Sprachkenntnissen kaum durch den Dschungel amtlicher Gepflogenheiten durchkämpfen können.

Im Reglement der Rebeko heisst es: «Die Rebeko berät und vertritt anfragende Studenten in rechtlichen Belangen. Sie kann rechtliche Probleme über die individuellen Bedürfnisse der Antragsstellenden Studenten hinaus verfolgen, sofern deren Abklärung von allgemeinem studentischem Interesse ist.» Die Rebeko besteht aus mindestens drei vom GStR gewählten Mitgliedern, die weitere Mitarbeiter zuziehen können. Der Präsident der Rechtsberatungskommission ist dem GStR verantwortlich.

Der Weg zur Rebeko

Ein Student, der ein rechtliches Problem hat, ruft den Kleinen Studentenrat an (Tel. 32 92 87). Er gibt das Gebiet an, in dem sein Problem fällt, zum Beispiel Obligationenrecht, Zivilrecht, Mietrecht, Stipendienfragen usw. Er erhält dann eine oder zwei Telefonnummern von Rebeko-Mitarbeitern, die sich in der betreffenden Frage auskennen. Der Student versucht nun, den Rebeko-Mitarbeiter zu erreichen. Kleinere Fälle werden dann gleich am Telefon erledigt. Meistens aber wird ein Rendez-vous abgemacht, zu dem der Beratung Suchende die Unterlagen mitbringt. Er bespricht seinen Fall mit dem Berater, der die Geschichte nachher bearbeitet.

Anspruch auf die studentische Rechtsberatung haben alle immatriku-

lierten Studenten der Uni und der ETH sowie Schüler der Dolmeterschule Zürich. Bei nicht dringenden Stipendienfragen können auch Nichtstudenten die Rechtsberatung benutzen. Und noch etwas sehr Wichtiges: Die Rechtsberatung der Studentenschaft ist kostenlos!

Der «konzept»-Witz des Vorjahres Franco kommt in den Himmel und wird von Carrero Blanco stürmisch begrüsst: «Gott, hast du lange gebraucht, um da hinauf zu kommen. Wollst du hat das nur so lange gedauert!» Franco erwidert ihm: «Ja, weil du, ich bin eben zu Fuss himmelwärts gezogen, nicht mit dem Auto wie du.»

Die Arroganz des Sachverständs

Festliche Stimmung am vorletzten Wochenende an der ETH. Bundesrat Hürimann, Schulratspräsident und Hunderte von Gästen, oft glanzvolle oder ergraut, sassen in den mit feinem Stoff überzogenen Sesseln des Auditorium maximum. Frauen sah man ebenso wenig wie Studenten. Wozu dieser Männerklingel?

Die gut gekleideten Herren waren zu meist Chemiker oder aber der Chemie verbunden. Doch die Debatte, gross angekündigt, zu der die Journalisten nicht weniger als drei Einladungen erhalten hatten, fand nicht statt. Die Referenten des Symposiums «In der Debatte: Chemie» hielten ihre Monologe, wurden dafür mehr oder weniger applaudiert und in der Diskussion kaum zur Rede gestellt. Ausser sich selbst dürften die Chemiker mit ihrer internen Runde wohl niemanden befriedigt haben. Abgerundet wurde das trauende zweiteilige Zusammensein durch die Ansprachen zweier Nobelpreisträger, worauf dann mählich von dannen zog und sich am Tag der offenen Türen durch die Chemieanstalten der ETH führen liess.

«Mit ihrer Debatte möchten die Veranstalter selbstkritisch das Wesen der Chemie veranschaulichen und einer breiten Öffentlichkeit nahebringen.» Das stand in den Leitgedanken des Organisationskomitees (Schweizerisches Komitee für Chemie). Es ging den Organisatoren also darum, die Öffentlichkeit in die Diskussion über Nutzen und Gefahren der Chemie miteinzubeziehen. Um mitreden zu können, müsste sie diese Chemie verstehen lernen, müsste an ihr teilhaben. Genau das aber wurde an diesem Symposium verhindert. Die Chemiker waren unter sich und erhoben sich von den anwesenden Journalisten eine gute Presse. Die Öffentlichkeit nahm nur mittelbar, durch den Filter der Medien, und anschliessend am Tag der offenen Türen, teil. Doch auch hier wurde die Kluft zwischen Wissenschaft und Alltag bewusst ausgeschaltet. Chemie wurde dargestellt als das Geschäft von Experten, Geheimnisvolle Maschinerien suggerierten dem staunenden Zuschauer, dass hier kleine Wunder geschähen. Die NZZ hat dies noch ein wenig poetisch verklärt: «Für den Laien geschehen in den gläsernen, hundertmal verschlungenen Röhren und Röhren einfach Wunderdinge, und die brodelnden und zischenden Vorgänge über einem Bunsenbrenner sind für ihn reine Zaubereien.»

Nicht nur die Chemiker, die Wissenschaftler überhaupt, werden so zu den Zaubern unserer Zeit emporschliffen. Wissenschaft sei eine Sache der «Gschüddierten», und wer da nicht mithält, halte gefälligst das Maul! Die Frage nach dem Sinn und der Verwendung, die jeder staunende Zuschauer stellen und beantworten könnte, wurde nicht aufgeworfen.

Am Symposium erst recht waren die Experten unter sich. Aber findet die Chemie nur in den Laboratorien statt? Sind nur – oder hauptsächlich – Chemiker daran beteiligt? Die Frauen, die am Symposium durchwegs abwesend glänzten, glänzten vielleicht die Plannen in der Küche. Prof. Jean-Marc Lévy-Leblond hat (nicht am Symposium!) hingewiesen auf die Verbindungen, die zwischen der

modernen physikalischen Chemie und der Kochkunst bestehen. Ihre Rezepte beruhen in grosser Zahl, offenbar auf empirischer Basis, auf den einen oder anderen Abbauvorgang an Proteinen, der Lösung von Lipoiden etc. Lévy-Leblond fragt: «Ergabe sich da nicht die Möglichkeit einer wissenschaftlichen Rationalisierung, sowohl in der Vereinachung und dem besseren Verstehen, die sie in die Küche brächte, als auch in den grundlegenden physikalisch-chemischen Fragen, die sie vielleicht aufwerfen würde?»

Doch die Wissenschaftler haben sich allzusehr von der Öffentlichkeit entfernt, als dass sie noch Eingebungen in der Menge der im Volk verbreiteten Kenntnisse finden könnten. Sie sind zu einer Kaste von Magiern, direkter zu einer Expertokratie degeneriert. Es ging auch anders: Genau die entgegengesetzte Einstellung wird in beispielhafter Weise von der chinesischen Medizin vorgeführt, der heutigen, die moderne wissenschaftliche Methoden benutzt, die traditionelle Medizin auszuschliessen, die sie im Gegenteil einzubauen versucht.» (Lévy-Leblond)

Über diesen Graben zwischen Chemie und Öffentlichkeit wollten also die Veranstalter des Symposiums eine Brücke schlagen. Die Journalisten, von den Organisatoren geschickt und gepflegt, hätten den Brückenschlag von der Seite der Öffentlichkeit her vornehmen sollen. Wissenschaftlich, selbstverständlich, und ohne Emotionen. Dass dieser Brückenschlag missglückt ist, liegt nur zum Teil in der Öffentlichkeit selbst begründet. Denn wenn die Organisatoren in den Leitgedanken schreiben: «Angst aber erzeugt Abwehrreaktionen, die zumeist stark von Emotionen bestimmt sind», dann verbauen sie mit dieser negativen Einschätzung der Angst einen der letzten Wege, der zu dieser Brücke führen könnte. Angst nämlich als Ausdruck einer breiten Öffentlichkeit könnte zu einem Ausgangspunkt für eine breite Politisierung quer durch alle Schichten hindurch werden. Da könnte jeder mithalten, ob Bauer, Kleingewerbetreibender oder Philologe.

Doch genau das wollten die Herren Experten ja nicht. Wo kämen wir denn hin, argumentieren sie, wenn bei der Debatte über Atomkraftwerke jeder mitreden könnte? Das seien Fachfragen, etwas für Ingenieure und Physiker. Genau diese Haltung hat das Symposium widerspiegelt. Probleme wurden auf der Ebene dieser Expertokratie formuliert. Solange aber solche Fragen (die Auseinandersetzung mit den Aufgaben und den Folgen der Wissenschaft) nicht innerhalb des Unterrichts diskutiert werden, haben – wie der VSETH-Vorstand festhielt – solche Symposien immer nur Alibi-funktion. Es bleibt nur zu hoffen, dass auch in Zukunft bei derartigen Veranstaltungen die Arroganz des Sachverständs und die Alibi-funktion so deutlich wie diesmal durchschimmern werden. Dann werden die Herren Experten unter sich bleiben.

Wer aber da nicht mitmachen will, der kann sich an Bürgerinitiativen beteiligen. Zum Beispiel. Felix Ritter

Am Freitag, 20. 2. 76, findet im Uni HS 101 um 12.00 h eine kontradiktorische Veranstaltung zur gewerkschaftlichen Mitbestimmungsinitiative und zum Gegenvorschlag statt. Als Vertreter des gewerkschaftlichen Vorschlags spricht Dr. Victor Schrieff, Verbandsssekretär VPOD. Zum gegnerischen Standpunkt referiert Dr. A. C. Brunner, Präsident des Verwaltungsrates der Landis & Gyr AG. Zug. Die Veranstaltung ist gedacht als Diskussionsbeitrag zum Unigesetz, wo es u. a. auch um studentische Mitbestimmung geht, sowie als Entscheidungshilfe für die Mitbestimmungsbstimmung vom 21. März. KSIR

Chansons im Multipack

Es dürfte langsam jedem klar geworden sein: Mundart-Lieder z singe ich ein». Aag-fange hat s Ganzi mit em Mani Matter, und sid dann meint jede, wo zwei Akkord ute ere Gitarre spile und es Varsli brünzle chig, er müessi als «Schangsonie» go ufftritte. Di meischte gänd sich dann ganz poetisch und versuechet – meischens rächt chramphafft – Alltagsaneddötle zu Liederkunst ute z stilisire. Denäbed git's aber erfreulicheriweis e Zieleite Sänger, wo au würtlk öppis z sage händ und sich mit ihrne Lieder ehrlich engaschieret. Und «Musig am Mäntig» hät zäme mit em Konzept natürlich vier vo däre zweite Sorte für «Chansons im Multipack» chönne gwünne (isch doch klar, oder?). Aber di Amätsch Born, di Martin Herzberger, di Urs Hostler und di Jürg Jegge sind nid öppe linggi Ideologe, wo ihri Parteilinie zum beschte gänd, sondern als ächti Musikante schritried sie mit de spitze Waffe vo bissender Ironie und entblössendem Humor.

Das wir's dann... und de: mir gend us ja alli an Dunschnitt zobig (19. Februar, 20.30 h) i de undere Mensa vo de Uni.

Hans Huber

ein Synonym für Medizin und Psychologie

Hans Huber

das Sortiment mit der klaren Konzeption und dem grossen Laden

Hans Huber

Buchhandlung für Medizin und Psychologie

Zeltweg 6
beim Schauspielhaus
01 34 33 60

Jungfilmer Dindo über seine TV-Erfahrungen

Das Publikum ist intelligenter

kf. Wann immer das Schweizer Fernsehen den Film eines Schweizer Jungfilmers über den Bildschirm flimmern lässt, gibt es Krach. Passiert der Film die TV-Instanzen unbeschritten, so protestiert der Hofer-Klub wegen angeblicher Linkslastigkeit. Will das Fernsehen mit der Zensurschere der Kritik von rechts ausweichen, protestieren die Jungfilmer und Filmjournalisten. So beim Stürm-Film «Ein Streik ist keine Sonntagschule», wo das Fernsehen keinen Arbeiter bei der dem Film folgenden Diskussion dabei haben wollte. Grund: Arbeiter könnten sich am Bildschirm nicht richtig ausdrücken. So auch beim Film von Richard Dindo «Schweizer im spanischen Bürgerkrieg». Dindo hatte die Schweizer Kämpfer gegen den Faschismus in Spanien nicht einfach als historische Denkmäler dargestellt, sondern auch zu ihren Vorstellungen zur Demokratie in der Schweiz heute sprechen lassen. Beispiel:

«zürcher student»: Es fällt auf, dass die zehn Statements der Spanienkämpfer über die Demokratie in der Schweiz nie auf ihre sachliche Aussage hin diskutiert wurden. Im ganzen vorliegenden Material wird nie die Frage gestellt: Stimmt es denn, was da gesagt wird? Oder stimmt es teilweise? Oder überhaupt nicht? Die Aussagen werden bloss mit zumeist negativen Werturteilen belegt oder eingefügt in solche, die ein «echtes Engagement» verraten und in solche, die unsere Demokratie «verächtlich machen», «deklassieren» und «diskriminieren».

Dindo: Das ist mir auch aufgefallen. Was die Antworten der Spanienkämpfer betrifft: Man kann mit einzelnen diesen Antworten nicht verstanden sein, aber einen schönen Text könnte jeder Durchschnittsbürger sofort unterschreiben. Wir erleben heute doch jeden Tag, jeder von uns, dass das Geld unsere Gesellschaft regiert. Gerade in diesen Tagen. Jeder Journalist spürt den Rechtsbruch. Lächer werden entlassen. Heute kann man Dinge nicht mehr schreiben, die man vor drei oder vier Jahren noch schreiben konnte. Die Zeitungsverleger zum Beispiel üben heute einen starken politischen Druck auf die Redaktionen aus. Ich weiss das mit Bestimmtheit von Freunden, die in solchen Zeitungen arbeiten. Die Verleger ihrerseits sind wieder unter dem Druck der Inserenten.

Dieser Druck hat zum Teil wirtschaftliche, zum Teil politische Gründe, meistens beides zusammen. Jeder von uns ist doch wirtschaftlich abhängig, jeder von uns kann «liquidiert» werden, indem man ihm seine Existenzgrundlage entzieht. Da lenkt fast jeder ein. Das ist sinnlos als Arbeitslager, und psychische Heilanstalten, aber es ist auch Repression.

Guido Frei sagt, er fühle sich überhaupt nicht unter Druck gesetzt, er entscheide völlig frei.

Ich weiss nicht, weshalb Guido Frei eine Tatsache bestreitet, die die Spatzen von den Dächern pfeifen. Was die Spanienkämpfer über die Demokratie sagten, ist doch gerade heute wieder sehr aktuell. Ich habe diese Frage nicht zufällig gestellt. Und ebenso wenig ist es ein Zufall, dass sie herausgeschnitten wurde. Es hat anderthalb Jahre gebraucht, bis man öffentlich zugab, dass es sich um einen politischen Schnitt gehandelt hat. Im übrigen bin ich nach wie vor der Meinung, dass die «redaktionelle Bearbeitung» im Schatten der Schweizerischen Fernseh- und Radiovereinigung gemacht worden ist.

Damit stellt sich die Frage nach der Zensur. In der «Fernsehrasse 1-4» war die Meinung vorherrschend, dass es sich nicht um «Zensur», sondern um die Wahrnehmung der «redaktionellen Verantwortung» handle.

In der «Fernsehrasse 1-4» fand so etwas wie eine Sprachregelung in eigener Sache statt. Zuerst muss man zugab, dass es sich um einen politischen Schnitt handelt. Und dann beschliesst man, diesem Vorgang nicht «Zensur», sondern «redaktionelle Bearbeitung» zu taufen, und glaubt, man habe die Sache

«... was wir haben, ist mehr für den Sonntag, aber was wir brauchen, ist eine Demokratie für den Werktag.» Die TV-Verantwortlichen Guido Frei, Eduard Stäubli, Roy Oppenheim und Ueli Götsch kappten die Demokratie-Statements – aus politischen Gründen; die Aussagen seien «abstrus, naiv, dümmlich, ohne Überblick...» Dindo und achtzehn Organisationen (darunter der Schweizerische Gewerkschaftsbund) protestierten; im Januar zeigte die «Fernsehrasse 1-4» die umstrittenen Passagen, Programmdirektor Frei rechtfertigte in der Diskussion den politischen Schnitt. Die hausinterne TV-Gewerkschaftszeitung «Klartext» befragte Richard Dindo zum Klima am Schweizer Fernsehen, zu seiner Arbeitsweise und zum «Fall Dindo». Der «zürcher student» veröffentlicht einige Auszüge, die grundsätzliche Aspekte schweizerischen TV- und Filmschaffens betreffen.

verändert, nur weil man ihr einen anderen Namen gegeben hat. Mit Begriffen kann man die Wirklichkeit auch verstecken und den Leuten Sand in die Augen streuen. Und wer versteht das? Die Verwendung der Begriffe? Die Macht ausüben. Auch die Sprache ist letzten Endes eine politische Sache. Die, die regieren, haben das Wort und üben Macht aus, auch mit Worten. Das ist gerade beim Medium Fernsehen auffallend.

Wer kommt im Fernsehen in erster Linie zu Wort? Die, die Macht ausüben. Als das Fernsehen den Film «Ein Streik ist keine Sonntagschule» ausstrahlte und dann eine Diskussion veranstaltete, hat der Filmemacher vorgeschlagen, sie sollten doch auch einen Arbeiter einladen. Da hat man ihm geantwortet, das geht nicht, denn Arbeiter könnten sich am Fernsehen nicht ausdrücken. Auch an Diskussionen über Mitbestimmung zum Beispiel werden keine Arbeitnehmer eingeladen. Hingegen Juristen, Professoren, Betriebspsychologen und schließlich noch einen Gewerkschaftsfunktionär. Also «Fachleute», «Spezialisten», «Experten», die in ihrer Sprache, meistens über die Köpfe des Publikums hinweg, den Problemen «auf die Spur» gehen. Man könnte tausend Beispiele nennen, die beweisen, dass die Expertenperspektive benutzt wird, um das Volk von der Politik fernzuhalten.

Gerade in Euren Dokumentarfilmen, also den Filmen des sogenannten freien Filmschaffens, kann man ja feststellen, wie gut sich manchmal auch «einfache Leute» ausdrücken können.

Die meisten Filme waren die Zuschauer immer wieder erstaunt; wie gut die Interviewten sich ausdrücken, wie spontan, und sie begannen zu vermuten, wir hätten eine besondere Interview-

technik. Das stimmt natürlich nicht. Wir haben überhaupt keine «Technik», wir hören einfach zu. Gewiss, wir schauen darauf, dass der Interviewte bequem sitzt, wir trinken vorher Kaffee, plaudern miteinander. Das alles hat einen Einfluss auf die Atmosphäre in einem Interview, aber es ist keine «Technik», es ist ein Problem der Begegnung, also wie man jemandem begegnet.

Filme werden ja im Hinblick auf ein Publikum gemacht. Wer ist für Dich «das Zuschauer»?

Das Publikum ist das Volk, aus dem wir kommen und für das wir arbeiten. Ich ziehe es vor, das Publikum für intelligent zu halten, erstens, weil es angenehmer ist, für ein intelligentes Publikum zu arbeiten, und zweitens, weil man die Aussagen in einem Publikum auch lernen kann. Man muss immer bereit sein, vom Publikum zu lernen.

Das ist für uns am Fernsehen natürlich alles viel schwieriger. Wir kommen ja nie als Beteiligte. Wir dürfen die Leute eigentlich nicht einmal sympathisch finden. Wir sind ausserdem als Beamte der Informationsvermittlung.

Was wir unabhängigen Filmemacher mit einer gewissen Systematik aufgebaut haben, ist, dass wir Leuten aus dem Volk das Wort geben, und das nicht, um es ihnen sogleich wieder wegzunehmen, sondern die Aussagen in einen willkürlichen Zusammenhang zu stellen, sondern um sie zuerst einmal einfach reden zu lassen und dem Zuschauer darzubringen, ihnen zuzuhören. Es gibt eine Sprachpraxis im Volk, die wir, die Intellektuellen und Technokraten, sehr langsam verloren haben. Deshalb ist es eine Verächtlichmachung des Volkes, wenn man behauptet, einfache Leute könnten sich nicht ausdrücken. Martin

Repressalien gegen Studentenzeitschrift «prima»

St. Galler Spritzer

«Panne mit Frauen» titelte die «Schweizerische Hochschul-Zeitung» («HZ») und verschwieb bei ihrem Bericht das Wesentliche im Streit um die St.-Galler Studentenzeitschrift «prima»: dass nämlich die Hochschulbürokratie massive Repressalien gegen dieses Organ ergriffen hatte, weil es ihr missfiel. Der Quästor des Hochschulvereins fand die neueste Nummer, die von Mitgliedern der Frauengruppe St. Gallen gestaltet worden war, schlicht obszön. Und ein studentisches «Aktionskomitee zur Innovation des «prima»» kritisierte die Zeitschrift als «nivaeaus und teilweise unsachlich».

Das «St.-Galler Tagblatt», dem Freisinn sehr nahestehend, sprach von einer «Zensur im nachhinein», wogegen der Zentralredaktor der «HZ», ansonsten ein rechtschaffener junger Mann und Sohn des ebenfalls freisinnigen Stadtmanns von St. Gallen, in seiner Postille eine wahre Verbalorgie feierte. Die «Frauennummer» war für ihn ganz einfach «Bockmist»; diejenigen, die die Idee dazu hatten, kamen als «Kamele» noch glimpflicher davon als die Mitglieder der Frauengruppe («ausgebrannte, verreckte Züchtlings»); St. Gallen, die stille Schweizer Metropole samt seiner folglosen Studentenschaft (aus dem VSS ausgetreten), hatte sein Skandalchen. Wie konnte es nur soweit kommen?

Zensur im nachhinein Über die neueste Nummer des «prima», die von zehn Mitgliedern der Frauengruppe autonom geschrieben und gestaltet wurde, kann man geteilter Meinung sein. So wird etwa das grafisch schlechte Titelbild von Kritikern bemängelt. Die verschiedenen Beiträge schliesslich teilt die Hochschule dem «prima» mit, dass der Redaktion mit sofortiger Wirkung die Adressiermaschine der Hochschule, die dem Versand an Abonnenten diente, nicht mehr

zur Verfügung gestellt werde. Dies könnte, so das «St.-Galler Tagblatt», der Studentenzeitschrift das Leben kosten, weil gerade dieser Tage die Abonnentenbeiträge für das «prima» über die Adressiermaschine hätten eingezogen werden sollen. Diese Verfügung soll erst dann wieder rückgängig gemacht werden, wenn das «prima», wie ein Mitglied des Hochschulvereins betonte, seine Linie wieder gefunden habe.

Machtdemonstration statt Diskussion

Seine Linie? Das «prima» sei «schwerpunktmässig linksorientiert», behauptet das Aktionskomitee zur Innovation des «prima» und fordert mehr «Pluralität» sowie eine Umgestaltung der Redaktion. In der Tendenz, nicht sachlich zu den publizierten Meinungsausserungen Stellung zu nehmen, nicht zu diskutieren, trifft es sich mit den Zürcher Kollegen, die das «konzept» liquidieren wollten. So hält auch der Verband Schweizerischer Studentenschaften in bezug auf die St.-Galler Hochschulverwaltung fest: «Wenn diese nicht in der Lage ist, ein Gespräch zu führen, und stattdessen zu obrigkeitlichen Machtmißbrauch ihre Zuflucht nehmen muss, so ist ernsthaft an ihrer Fähigkeit und ihrem Willen zur Teilnahme an der demokratischen Meinungs- und Willensbildung zu zweifeln».

Der Fall «prima» hat also ein weiteres Beispiel dafür geliefert, wie die Obrigkeit (hier: die St.-Galler Hochschulverwaltung) gegen Ausserungen vorgeht, die ihr nicht genehm sind. Dafür sind wir ihr dankbar. Dass dabei die Probleme, die die Frauengruppe St. Gallen im letzten «prima» angeschnitten hat, völlig unter den Tisch gerieten, stimmt nachdenklich. Die Kritik an der Aufmachung und der Gestaltung war noch allemal ein bequemer Vorwand, sich nicht inhaltlich mit den zur Sprache gebrachten Problemen abzugeben. Nicht nur an Hochschulen, und nicht nur in St. Gallen. Felix Rütter

Schaub hat im Zusammenhang mit unseren Filmen von Dokumentarfilmen gesprochen, die einen «dokumentierten Standpunkt» vermitteln. Um das geht es eigentlich. Wir reden nicht selbst, wir lassen andere reden. Wir stellen das Gesagte nur in Zusammenhänge, die Darstellung erscheint «wie aus sich selbst heraus gesprochen».

Walter Hofel hat im «Vaterland» geschrieben, ich sei ein «Hersteller von Agitationsfilmen». Abgesehen davon, dass er meine Filme wahrscheinlich gar nicht gesehen hat, ist das eigentlich genau das Gegenteil der Wahrheit. Ein Agitationsfilm ist für mich ein Film, der versucht, den Leuten einen Diskurs zu verkaufen, bei dem der Film also nichts weiter als die Illustration einer vorgefassten Idee ist. Während ich genau umgekehrt vorgehe. Ich habe einen Standort, aber der Film, den ich mache, ist kein Film über meinen Standort.

Wenn ich als Filmemacher keinen Standort einnehmen darf, weiss ich überhaupt nicht, was ich filmen soll. Ich wusste nicht, wo die Kamera hinstellen, welchen Ausschnitt einer Sache zeigen, wenn interviewen, wie schneiden. Ich hätte überhaupt keine Lust mehr, Filme zu machen, und wäre wie paralysiert. Wenn man keinen Standort dokumentieren darf, hat man überhaupt keine Kriterien, nach denen man einen Film herstellen kann, dann wird alles vage und zufällig. Man kann also sagen, unter diesem Druck, der heute auf das Fernsehen ausgeübt wird, leidet nicht nur die Demokratie, es leidet auch die Qualität. Wenn man sich nicht mehr getraut ein Problem anzupacken, wie man es für richtig hält, findet man auch keine richtigen Formen dafür, mit denen man es darstellen kann.

Interview: «Klartext», 4. 2. 76

Zur Urabstimmung zum «konzept»

Warnschuss – für wen?

Wie interpretiere ich ein Abstimmungsergebnis, das mir nicht in den Kram passt? Das ist ganz einfach: Ich erbringe den Nachweis, dass die Ja-Stimmen – falls sie in der Überzahl sind – gar keine echten Ja-Stimmen waren, und blase die Nein-Stimmen durch geschickte Formulierung dummstumpf auf, dass der Eindruck entsteht, sie machten die Mehrheit aus.

Dieses Vorgehen ist in erster Linie jenen Leuten zu empfehlen, die gerne das Wort «demokratische Spielregeln» im Munde führen und denen ein Mehrheitsentscheid – und seien es auch nur eine Handvoll Stimmen – heilig ist. Immer vorausgesetzt natürlich, dass ihnen der Entscheid dieser Mehrheit auch in den Kram passt. Andernfalls...

Siehe oben! Ein Musterbeispiel solcher Interpretationskrobatik hat die NZZ in ihrem Kommentar zur «konzept»-Abstimmung erbracht. (Nachzulesen in Nr. 31 vom 7./8. Februar 1976, S. 43.) Mehr als zwei Fünftel (gesperrt gedruckt) hätten ihr Nein in die Urne gegeben, heisst es da, in einem Ton, der unwillkürlich glauben lässt, zwei Fünftel seien mehr als drei Fünftel. Das ist geschickt. Man erschrickt ein wenig, ist verunsichert und vergisst zu fragen, was denn mit den verbleibenden drei Fünftel los sei. Von denen spricht die NZZ nämlich nur ungern. Die liess sie am liebsten von ein geschickter Kartenspieler im Armel verschwinden. Das deutliche Nein ist es, das sie interessiert. Nur leider lassen sich zwei Fünftel auch mit den raffiniertesten Taschenspielertricks nicht zu einer Mehrheit umfunktionieren. Und von der Mehrheit hält man doch so viel. Die Mehrheit, das ist das A und O unserer Demokratie.

Was aber, wenn das Volk – oder in unserem Fall die Studenten – nicht merkt, welche Mehrheit die richtige ist? Denn das es zwei verschiedene Mehrheiten gibt, ist doch klar. Es gibt eine, die der NZZ wohlgefallen ist – das ist dann ein «kluger Entscheid» –, und es gibt eine, die es nicht. Und dies ist dann nicht etwa einfach ein «unkluger Entscheid», sondern diese Mehrheit ist gar keine Mehrheit. So einfach ist das. Man braucht nur die NZZ zu lesen, und dann weiss man das. Dann erfährt man nämlich, dass nicht jedes Ja zum «konzept» ein Ja zum «konzept» war, sondern, obwohl ein Ja, im Grunde eigentlich ein Nein. Und folglich geht die Rechnung der NZZ wieder auf: 59% Ja-Stimmen minus jene Ja-Stimmen, die keine waren, ergibt weniger als 50%, folglich

ist die Abstimmung gar nicht so ausgefallen, wie wir es uns in unserer naiven Freude vorgestellt hatten. Ja: «Wer sich auskennt, liest NZZ», da hat die Werbeagentur Loser schon recht. Und mit einem anderen Slogan hat sie noch recht. Der lautet nämlich: «Wer vorwärtskommen will, liest NZZ», und zu ergänzen wäre noch: «schreibt in der NZZ». Vom «konzept» lässt sich das alles natürlich nicht sagen. Und darum hatten die recht, die ein Ja eingelegt hatten, das keines war. Ein kluger Entscheid. Zu fragen wäre dann nur, warum sie nicht gleich nein gesagt haben. Aber vielleicht kann mir das die NZZ auch noch erklären. Klara Obermüller

«konzept»-Leser zur Urabstimmung

Auch mich erfüllt es mit Sorge, wenn ich beobachte, wie man den aufputschenden Geist an unseren Hochschulen mit Disziplinierung und Mauerkraften aus der Welt schaffen will. Diese restaurierenden Kräfte könnten sich nämlich rasch auch auf andere Bereiche ausdehnen.

Nun brennt mir noch etwas anderes unter den Nägeln: An den Mittelschulen wird seit einiger Zeit der Selektionsdruck verschärft, private 6. Klassen schiessen aus dem Boden, die pro Jahr ein gutes Arbeitervermögen kosten, was natürlich auf Kosten der Bildungschancen der sozial schwächeren Kinder geht. Natürlich weiss ich, viele Studenten finanzieren dadurch ihr Studium, indem sie zeitweise als Lehrer an solchen Schulen arbeiten. Die verschärfte Auslese benachteiligt schon an sich die Kinder kleiner Leute. Da wäre für die Zeitung auch eine Eiterbeule, die man aufstochen sollte! Natürlich ist die Wucherung der Shopping-Center für mich genauso eine Eiterbeule. W. R. in R.

Vor einem Jahr habe ich das Studium als Jurist abgeschlossen und – leider allzu voreilig und unüberlegt – auch die früher regelmässige Lektüre des «Zürcher Student» (inkl. das «konzept»). Wie ich mich erinnere, hatte ich nie das Gefühl, das «konzept» wäre abgewandert im Gegensatz zu den anderen und bin ich aber nur ein nützlicher Idiot, der überhaupt nichts merkt. Hauptsache, ich lese die «NZZ». Peter Baldi

Brief an einen NZZ-Redaktor

Lieber Herr Bütler, ein rechter NZZ-Redaktor, der wissen will, was in der Welt so alles passiert und zusammenhängt, der muss selbstverständlich auch den «zürcher student» und das «konzept» lesen. Das ist Ihnen klar geworden und deshalb haben Sie uns vor einem Jahr um ein penäliches Gratis-Abonnement gebeten. Der «z» hat nicht viel Geld – er lebt ja, wie Sie wissen, teilweise von den Studentenbeiträgen – aber es hat immerhin noch erreicht, um der NZZ nebst dem bisherigen noch ein zweites Gratis-Abonnement abzugeben.

Die «NZZ» hat offenbar nicht so viel Geld. Als wir nämlich ein halbes Jahr später um ein «NZZ»-Gratis-Abonnement für unsere Redaktion nachsuchten, hiess es: Die schwierige Lage, in der sich die Presse heute befindet, wie man ja weiss, ermögliche es leider nicht, uns ein solches zu gewähren, wofür wir hoffentlich Verständnis haben möchten. Wir haben das auch sofort verstanden. Man kann ja den Lesern und Inserenten – den Käufern also – der «NZZ» ja wirklich nicht zurechnen, mit ihren Geldern zwangsweise Zeitungen wie den «z» und «das konzept» indirekt zu unterstützen. Und da wir immer noch ein wenig Geld hatten, haben wir eben auch noch das Abonnement der «NZZ» bezahlt. (Verwendet haben wir dazu pluralistisch-titellisch die Studentenbeiträge der Herren Gut, Matzinger, Zimmermann, Honninger und einer gleichen Anzahl von notorisch bekannten Linksextremisten.)

Trotzdem fällt es uns recht schwer, unsere Ausgabe für Ihr Gratis-Abonnement zu schreiben. Die Abrechnung der NZZ-Rechnung will nicht aufgehen. Denn offenbar haben Sie den «z» und das «konzept» wohl erhalten, aber nicht gelesen. Sonst hätten Sie während der Urab-

stimmungskampagne über das «konzept» kaum so geschrieben, wie Sie geschrieben haben. Und dann die Frontalangriffe unserer Gegner. Haben Sie und die «NZZ»-Leserbefriedigung den Sturm- und Brandschritten der rechten (Gleifer) deshalb so viel Geld gegeben, weil Sie soviel auf demokratische Meinungsbildung geben? Schöne feinsinnige Demokratie, in der eine kurze Richtungsweisung unsererseits auf die Anti-«konzept»-Spalten verweigert wird – entgegen jeglichem Journalismusethos und demokratischen Gewohnheitsrecht überragend.

Jeder rechte Student wird nun, nach dem «konzept»-Abstimmungskampf, seine «NZZ» und deren Redaktor «Bü» nachgerade mit Freuden unterstützen. Was sind schon 100 Franken für ein so gefälliges Eigenwerbungsblatt? Doch was sollen die «konzept»-Freunde, die wie besagt notorisch bekannten Linksextremisten, bei dieser zwangsweisen Mitfinanzierung der Beiträge an die «NZZ» tun?

Eine neue Beschwerde wäre fällig. – Wenn wir nicht wüssten, dass unsere Leser alles andere als kleinlich und wehleidig sind: Sie sehen ein, dass die «NZZ» ein Gratisabo an den «z» vor ihren Verwaltungsräten kaum verantworten könnte, jetzt in der Rezession. Und auch den «z» und «das konzept» gönnen wir der «NZZ» gerne, auch Ihnen persönlich, Herr Bütler, Ihr Informationsstand und Ihr Meinungsbildungsprozess soll unter unserer Knausrigkeit zuleiden.

Mit sehr unfreundlichen Grüssen
Redaktion «zürcher student»



Tolli Tschiins i jeder Form

poschtet me bim Willy Korn

a der Gmüesbrugg